Nacht-Telegramme.

Berlin, 27. Januar. Der Kronprinz reist morgen früh 9 Uhr über Dresden nach Vegil.

Berlin, 27. Januar. Nach dem Reichsschatzamtsetat kommen an Ueberweisungen aus dem Ertrage der Zölle der Tabaksteuer an die Bundesstaaten zur Vertheilung 40,624,500 Mark. Die Zoll-Einnahme beträgt 106,851,000 Mk., die Tabaksteuereinnahme 360,000 Mk., die Zoll- und Tabaksteuerabgaben 3,404,500 Mk., zusamm. 170,624,500 Mk. Auf Preußen kommen 24,475,480 Mk.

Dresdner Nachrichten

Tagesblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

Nacht-Telegramme

Konstantinopel, 27. Januar. Die die englisch-türkische Sklaverei abschaffende Konvention enthält Artikel, wonach alle, die türkischen Gewässer befahrende verdächtige Schiffe, ausgenommen die Kriegsschiffe, angehalten und visitirt werden können und die schuldigen den Strafgesetzen unterliegen.

Sofia, 27. Januar. Die Wahlbetheiligung war äußerst schwach; am ersten Wahltermin wurden deshalb nirgends die Wahlen vollzogen.

Mitredacteur: Dr. **Emil Bierey.** Für das Feuill.: **Ludwig Hartmann.** Druck und Eigenthum der Herausgeber: **Liepsch & Reichardt** in Dresden. Verantwortl. Redacteur: **Heinrich Pohlenk** in Dresden.

Koppel & Co., Bankgeschäft, Schloss-Strasse 14, gegenüber der Sporergasse. An- und Verkauf aller **Staatspapiere, Pfandbriefe, Actien** etc. Auszahlung aller Coupons. Unentgeltliche **Controle** der **Verloosung** aller Werthpapiere. Alles auch auf brieflichem Wege. **Domicilstelle für Wechsel.**

Emil Hirschfeld's Reit-Institut, Tattersall u. Pensionsstallungen, 2 Struvestrasse 2. Elegant und comfortabel eingerichtete Reitbahn, Garderoben u. Stallungen. Vorzüglicher Reitunterricht für Damen, Herren u. Kinder zu jeder Tageszeit. Ausleihen eleganter Reitpferde u. Fahrgeschirre zum Selbstkutschiren. Aufnahme von Pensionspferden. Grosse Auswahl von Reitpferden zum Verkauf.

Nr. 28. 25. Jahrg. 1880. Witterungsaussichten: Zunächst wenig Aender. bei Frostabnahme, spät. Trüb. wahrsch. **Dresden. Mittwoch, 28. Januar.**

Politisches.

Fürst Bismarck in Berlin, das ist das Tagesereigniß. Die so oft angekündigte, im letzten Augenblick redressirte, wiederholt falsch gemeldete Reise des Kanzlers nach der Reichshauptstadt ist nun doch erfolgt. Lebten wir unter normalen Verhältnissen, so würde man es allerfalls als ein kleines Ereigniß betrachten und besprechen, wenn der oberste Beamte eines Reiches sich von dem Centralsitze der Reichsbehörden entfernt, um für einige Zeit in der Provinz Aufenthalt zu nehmen. Bei uns ist die Ausnahme die Regel. Noch nie aber war der Kanzler dem Kaiser, den fremden Botschaftern, den Behörden, der Stätte der Parlamente so lange fern, wie diesmal. Selbst nicht die Geburt eines ersten Enkelsöhnchens vermochte ihn von seinem Arbeits- und Einsiedlersitze in Pommern nach Berlin zu locken. Welche Gründe ihn fernhielten, darüber ist man nur auf Muthmaßungen angewiesen, ebenso wie über die Gründe seines nun doch erfolgten Erscheinens in Berlin. Genug, er ist da. Der Kanzler findet Berge von Arbeiten. Abgesehen von der auswärtigen Politik, scheint die neue Militärvorlage und was mit ihr zusammenhängt oder aus ihr folgt, seine persönliche Anwesenheit zu erfordern. Auch der Bundesrath scheint Aufklärungen fordern zu wollen über die politische Lage in Europa, welche die einzige Rechtfertigung des neuen Militärgesetzes abgiebt. Außerdem sind die Bundesregierungen einigermaßen in Sorge, wie sie künftig das Gleichgewicht in den einzelnen Landesbudgets herstellen sollen. Alle Berechnungen über Einnahmen und Ausgaben muß es über den Haufen werfen, wenn auf einmal das Reich ganz unerwartet hohe Beträge für neue Kriegszwecke beansprucht. Als der letzte Reichstag 170 Millionen neuer Steuern bewilligte, setzte bekanntlich der Abg. v. Frankenstein den Antrag durch, daß der Ueberschuß über 130 Millionen an die Einzelstaaten vertheilt würde. Diese 40 Millionen indirekter Reichssteuern sollten dazu dienen, die direkten Steuern in den Einzelstaaten herabzusetzen. Auch im sächsischen Staatsbudget figurirt zur Herstellung des Gleichgewichts und zur Vermeidung von neuer Erhöhung der Einkommensteuer der entsprechende Antheil Sachsens an den 40 Millionen. Er kommt auch im laufenden Jahre zu Ehren. Aber von 1881 an — o jemine! Da wird's nun damit windig aussehen. Das Prophetenwort Windthorst's erfüllt sich: daß von den 170 Millionen neuer Reichssteuern, die der an dem einen Ende der Leipzigerstraße sitzende Reichstag bewilligte, auf dem Transporte nach dem am anderen Ende dieser Straße sitzenden preußischen Landtage ein guter Theil in das zwischen beiden Häusern liegende Kriegsministerium einschwenken würde. Daher heißt es nun schon: der nächste Reichstag solle zu den kaum bewilligten neuen Steuern noch eine zweite Serie von etwa 40 Millionen hinzu bewilligen. Um dies zu thun, sei aber ein anderer preußischer Finanzminister nothwendig und dieser Hexenmeister ist Herr v. Bennigsen. Denn wenn auch die neuen Truppenkörper mit 26 Millionen eingekleidet, mit Waffen, Pferden und Geschirr ausgestattet werden können, so wird ihre Unterhaltung mehr als die zunächst veranschlagten 17 Millionen jährlich kosten. Diese 26,000 Mann bedürfen doch Kasernen, Ställe, Exerzirplätze, Schießstände, Lazarethe, Magazine; sie erhöhen den Pensions-Etat u. s. w.

Ueber das Militärgesetz Deutschlands kommt nun auch das Ausland zu Worte. Ein guter Theil dessen, was die Presse Englands äußert, ist wegen seines Freimuthes absolut unabdruckbar. Ein wahres Wort äußert die „Times", indem sie das Beunruhigendste an der Vorlage darin findet, daß das Gesetz die schreckliche Lage des Waffenstillstandes blitzartig enthüllt, in welchem Europa von einem Tage zum anderen lebt. Der Daily-Telegraph meint: „Es sei nicht die Bestimmung der Menschheit, daß Deutschland durch Rüstungen verarmen müsse, um Frankreich zu Gleichem zu zwingen." Andere englische Blätter freuen sich der Rüstungen Deutschlands, das sich damit in den Stand setze, Rußland mit Krieg zu überziehen, um dadurch England Luft für seine Pläne in Asien zu machen. Der „Standard" schiebt sogar ausdrücklich dem deutschen Kanzler den Gedanken unter, daß er nur auf einen Anlaß lauere, um Rußland mit Krieg zu überziehen. Rußland wisse dies und häufe deshalb Truppen in Polen an. Der letzteren Thatsache widerspricht aber die russische Regierung in der formellsten Weise und zwar mit solchem Eifer, daß man fast auf den Gedanken kommen könnte, ihr sei soeben ein geheimer Plan durchkreuzt worden. Seltsam ist es auch, daß die französische Presse mit verhältnißmäßigem Gleichmuthe die Nachricht von den deutschen Rüstungen aufnimmt. Frankreich weiß eben genau, daß es sich von Deutschland nichts Arges zu versehen hat. Wie man auch darüber denken möge, daß eine Auseinandersetzung zwischen Germanenthum und Slavenwelt unausbleiblich ist, so bezweifeln wir, daß Fürst Bismarck diesen Zeitpunkt der Auseinandersetzung zu beschleunigen gewillt sei. Sache einer weisen Politik wäre es, das Germanenthum nicht zwischen den Panslavismus und das Romanenthum zu bringen, vielmehr ein aufrichtiges und dauerndes Friedensverhältniß zwischen den beiden Kulturvölkern der Deutschen und Franzosen herbeizuführen; dann hat die Gefahr, welche der vom Moskowiterthum geleitete Panslavismus der Kultur bereiten will, nichts Bedrohliches.

Von sonstigen Ereignissen in Deutschland beansprucht der Beschluß der Gemeindebehörde von München, 100,000 Mark für das in diesem Jahre zu begehende Jubiläum des Hauses Wittelsbach zu bewilligen, ein allgemeineres Interesse. Die Väter der Hauptstadt des Baierlandes haben nämlich diese Bewilligung an die Bedingung geknüpft daß das Festprogramm auch so durchgeführt werde, wie es vorliegt: d. h. unter persönlicher Theilnahme des Königs. Um nicht Gefahr zu laufen, daß die Hauptperson der Feier, der jetzige Träger der Wittelsbacher Königskrone, sich durch einen der zahlreichen auf „polh" endigenden bairischen Prinzen vertreten läßt, hofft man, daß der Monarch seine königliche Zusage ertheilt, an dem Jubiläum seines Hauses nicht auf einem einsamen Spazierritt in den Alpen oder bei einer musikalischen Soloaufführung in einem seiner Schlösser, sondern in der Mitte seines allezeit getreuen Baiernvolkes zu weilen.

Der Eisenbahntarifkrieg, den sich die beiden herzinnigen Freunde Deutschland und Oesterreich bereiten, trägt bereits seine Früchte. Um der üblen Behandlung zu entgehen, welche die Maybach'sche Eisenbahnpolitik den österreichischen Massengütern bei ihrer Durchfuhr durch Deutschland androht, hat sich Oesterreich entschlossen, Deutschland ganz zu umgehen. Es baut die sog. Vorarlbergbahn, d. h. jenen kurzen, nur 137 Kilometer langen Schienentrakt, der Tirol zum unmittelbaren Anschluß an die Schweizerbahnen bringt. Zwischen Innsbruck und dem Bodensee liegt der hohe Arlberg, der jetzt doppelgeleisig durchtunnelt werden soll. Die ganze Bahn kostet $35\frac{1}{2}$, der Arlbergtunnel allein $16\frac{1}{4}$ Mill. Gulden. Seine Bauzeit ist auf 5—6 Jahre fixirt. Da diese Bahn wesentlich mit zum Absatze der ungarischen Massengüter: Getreide und Holz, nach der Schweiz und Frankreich bestimmt ist, so wäre es in der Ordnung, wenn Ungarn dazu entsprechend beiträge. Da aber die Ungarn hierzu keine Neigung haben, so reguliren sie die Donau bei ihrem Austritt aus Siebenbürgen nach Rumänien auf ihre Kosten und erlassen den Eisleithaniern hierzu die sonst nöthigen Beiträge. Am übelsten kommt dabei Deutschland weg. In wenig Jahren wird der gewinnreiche Transport gewaltiger Massen aus Ungarn, Rumänien und Südrußland nach dem Westen und Norden Europas gewaltsam von den deutschen Eisenbahnen weggedrängt sein und uns, speciell auch in Sachsen, höchst annehmbare Verdienste unserer Staatsbahnen verloren gehen. Das Alles geschieht angeblich im Interesse der deutschen Nation. O Maybach!

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten."

Berlin, 27. Januar. Abgeordnetenhaus. Berathung des Feld- und Forstpolizeigesetzes. § 41, der sog. Pilz- und Beeren-Paragraph, wurde dahin angenommen, daß strafbar wird, wer der Polizeiverordnung zuwider oder gegen das Verbot des Waldeigenthümers Kräuter, Beeren und Pilze sammelt, mit dem Zusatze, daß das Sammeln nur da, wo dasselbe nicht auf Berechtigung oder Herkommen beruht, verboten werden kann, sowie mit dem ferneren Zusatze, wonach die Verfolgung nur auf Antrag eintritt. Der Rest des Gesetzes wird mit unerheblichen Aenderungen genehmigt und das Fischereigesetz angenommen.

Konstantinopel, 26. Jan. Die Konvention über Abschaffung der Sklaverei in der Türkei ist heute von Layard und Savas Pascha unterzeichnet worden.

Locales und Sächsisches.

— **Landtag.** Die zweite Kammer verwies gestern den Gesetzentwurf über das Amtskleid der Rechtsanwälte an die Gesetzgebungsdeputation. Abg. Lehmann anerkannte zwar die Kürze des Entwurfs, sowie die Schnelligkeit, mit der derselbe an die Kammer gelangt sei, hatte aber doch große Bedenken dagegen. Die in Sachsen eingeführte Amtstrobe entspreche seinem Kunstsinn (?) nicht. In dem Entwurfe fehle eine Bestimmung darüber, was getragen solle, wenn der Rechtsanwalt die Robe doch nicht anlege. Der Antrag auf Wiedereinführung billiger Klassiker-Vorstellungen beim Königlichen Hoftheater wurde von den Abgeordneten Lehmann und Heger befürwortet und zwar mit Rücksicht auf die unserer Zeit so nöthige Pflege des Idealen. Man sei jetzt vielfach an der Grenze der Kunst angekommen, so wenn man frage: haben Sie die neueste Oper gesehen? oder wenn in den Kunstkritiken das Hauptgewicht auf die Toilettenfrage, anstatt auf die Kunst gelegt werde. Privattheater, welche den Kampf ums Dasein kämpfen müßten, könnten sich nicht in der wünschenswerthen Weise mit der Förderung der reinen Kunst beschäftigen. Das sei Aufgabe des Hoftheaters und insbesondere des hiesigen, das durch königliche Huld reich dotirt werde. Dasselbe solle in dem Ocean der Kunst ein Leuchtthurm sein, dessen Licht leuchtet, trotz Sturm und Wogen. Die Frage wird später entschieden. — Auf die neulich mitgetheilte Interpellation des Abgeordneten Liebknecht antwortete Minister von Nostitz-Wallwitz, daß die Regierung darüber, ob und in welchem Umfange die anläßlich der jetzigen Nothlage aus öffentlichen Mitteln Unterstützten aus den Reichstagswahllisten gestrichen werden sollen, jetzt keine Kenntniß habe. Die thatsächlichen Verhältnisse seien sehr verschieden und müsse es Sache der zuständigen Behörden bleiben, in jedem einzelnen Falle zu entscheiden. Jedenfalls könne er erklären, daß aus privaten Mitteln Unterstützte nicht gestrichen würden, weil dies dem Gesetz zuwiderlaufen würde; das Wahlgesetz spreche nur von einer Streichung im Fall einer öffentlichen Unterstützung. Abg. Liebknecht wünschte, daß die Regierung noch vor Feststellung der Reichstagswahlliste über diese Frage Entschließung dahin lasse, daß eine Streichung nicht erfolge. Die Beschwerde Böttger's aus Crimmitschau wegen Schließung der dortselbst domicilirenden „Central-Kranken- und Sterbekasse der Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter Deutschlands" (beiderlei Geschlechts) ließ die Kammer auf sich beruhen. Die Gewerkschaft wurde auf Anordnung der Zwickauer Kreishauptmannschaft verboten und zugleich die Hilfskasse geschlossen, weil innerhalb derselben sozialistische Bestrebungen fortgesetzt hervorgetreten waren. An der Spitze standen sozialdemokratische Führer, die Gewerkschaft unterstützte sozialistische Agitatoren und Zeitungen und selbst aus der Hilfskasse flossen Beiträge zu den „allgemeinen Ausgaben". Böttger recurrirte bei der Reichskommission wie beim Ministerium des Innern erfolglos und wendete sich endlich mit einer Beschwerde an die Kammer. Abg. Freytag suchte darzulegen, daß die Schließung der Kasse aus den geltend gemachten Gründen ungesetzlich gewesen sei, und beantragte, die Petition der Regierung zur Erwägung zu überweisen. Der Antrag ward indeß nicht ausreichend unterstützt. Abg. Liebknecht meinte, man könnte ebenso gut den Landtag schließen, weil er hier eine sozialdemokratische Rede halte. Die Gewerkschaften und Hilfskassenvereine hüteten sich, Parteipolitik zu treiben. Der Referent Abg. Schreck wies nach, daß die Hilfskasse mit der Gewerkschaft in innigem Zusammenhange gestanden und daß deren Mitglieder in corpore allerdings sozialdemokratische Tendenzen gefördert hätten. Hiernach berichtete Abg. Uhle-Blaue über die Nothstands-Petitionen aus Meerane und dem Mülsengrunde. Er hat mit dem Abg. Uhle-Glauchau die dortige Gegend bereist und sich überzeugt, daß die Noth dort in dem Maße wirklich vorhanden ist, wie sie die Petenten schildern. Abg. Ulrich legte in längerer Rede dar, daß die Ursache des Nothstandes in der zu gering lohnenden Hausindustrie zu suchen sei, die allerdings dem Fabrikanten mannichfache Vortheile biete, weshalb sie sich wohl auch so lange erhalten haben mag. Wo die Fabrik vor der Webereien vorherrsche, sei der Nothstand nicht in gleichem Maße aufgetreten. Die Aufhebung der Frauen- und Kinderarbeit würde zahlreiche Familien schwer schädigen. Die neuen Zölle hätten keinen Einfluß auf den Nothstand geübt. Abg. Kirbach: Die Nothlage herrsche nicht nur in dem Mülsengrunde, sondern auch in vielen anderen Gegenden des Voigtlandes, so in Wildenfels, Hartenstein, Mühltroff, Plauia, sowie in den Ortschaften des oberen Voigtlandes, aus denen schon im vorigen Jahre Hilferufe erschollen. Man könne also einen Antrag auf Staatshilfe nicht auf den Mülsengrund beschränken. Endlich wandte er sich gegen einen Antrag des Abg. Werner auf Staatshilfe im Betrage von 50,000 Mk., wodurch den Webern des Mülsengrundes und von Meerane die Möglichkeit gegeben werden soll, zu einer anderen Beschäftigung übergehen zu können. Die Regierung würde nicht in der Lage sein, mit der genannten Summe das zu erreichen, was Antragsteller erreicht wissen wolle. Dieser erklärte, sich bescheiden zu wollen, wenn noch dieser Landtag seitens der Regierung eine Vorlage gemacht werde. Abg. Fährmann theilte mit, daß auch in der Oberlausitz ein Nothstand hervorgetreten sei, der dem im Mülsengrunde gleich komme. Er bezweifelte, daß der Veredelungsverkehr den Webern von Nutzen sei, und wünschte, daß derselbe fallen gelassen werde. Abg. Geißler konstatirte, daß der Amtshauptmann und die Bezirksvertretung über die Verhältnisse des Mülsengrundes vollständig orientirt seien. Die schenkweise Ueberlassung der gewährten Darlehen müsse vom Bezirkstag erst genehmigt werden; derselbe trete am 10. März zusammen. Abg. Bunde empfiehlt die Einführung einer neuen lohnenden Hausindustrie, der Korbflechterei. Die Landwirthschaft könne durch Anlagen von Weidenkulturen sehr viel dazu beitragen. Mit der feineren Korbflechterei werde mindestens das Doppelte verdient dessen, was an der Weberei verdient werde. Abg. Liebknecht erblickt in dem Nothstande den letzten Akt im Kampfe zwischen der Hand- und Maschinenweberei. Er behalte sich vor, hierzu Anträge zu stellen, wenn die Vorlage der Regierung hierüber zur Berathung stehe. Man sei es der Weberbevölkerung, welche jenen Kampf zum Austrag bringe, schuldig, sie zu unterstützen, damit sie selbst dabei nicht untergehe. Der Deputationsbericht spreche von der großen Genügsamkeit der Arbeiter im Mülsengrund, welcher sie verhindere, lohnendere Beschäftigung zu wählen. Dieselben hätten sich in ihrem Lebensstande derart herabdrücken lassen, daß kaum noch die Maschinen mit ihnen bezüglich der Billigkeit der Arbeit konkurriren könnten. Man habe es der Sozialdemokratie zum Vorwurf gemacht, daß sie gegen diese Bedürfnißlosigkeit ankämpfe; und doch sei es gerade diese Bedürfnißlosigkeit, die jeden Aufschwung zu Höherem verhindern. Werner behauptete ferner, daß der heutige Staat eine sozialistische Grundlage habe; so sei das Staatseisenbahnsystem, das Tabakmonopol ꝛc. sozialistisch. Er stellte einen Antrag auf Einführung eines Normalarbeitstages und auf Regelung der Verhältnisse zwischen Arbeiter und Arbeitgeber in Aussicht und erklärte endlich, daß es jetzt an der Zeit sei, gegen die wirthschaftliche Reichspolitik zu protestiren, welche die nothwendigsten Lebensmittel zu Gunsten des Fiskus vertheuere. Abg. Uhle-Glauchau hätte gewünscht, daß der Bezirksausschuß im Mülsengrunde etwas entschlossener vorgegangen wäre. Es wollten täglich drei Mahlzeiten sein; da könne der Hungernde nicht erst warten, bis am 10. März der Bezirkstag zusammentritt. Vicepräsident Dr. Pfeiffer beklagte es tief, daß die Deputation genöthigt gewesen sei, ein so trauriges Bild zu entrollen; noch mehr beklage er aber, daß die Deputation nicht in der Lage war, Vorschläge zur sofortigen Beseitigung des Nothstandes zu machen. Er hätte geglaubt, Liebknecht würde derartige Vorschläge machen. Damit stimme er mit demselben nicht überein, daß Alles nur von Staatshilfe zu erwarten sei. Abg. Dr. Heine erging sich in gewohnter Breite über die Ursachen des Nothstandes, die in der falschen wirthschaftlichen Politik des Staates zu suchen seien. Der Nothstand habe eintreten müssen, er habe es vorausgesagt. Die Idee, daß der Nothstand seinen Grund in den neuen Zöllen mit haben könne, finde er komisch. Abg. Mehnert wies auf die Nothzustände, die seit langem im Erzgebirge bestehen, hin. Sie haben ihre Ursache zumeist im Rückgange des Spitzenklöppelns. Staatsminister von Nostitz-Wallwitz: Die Regierung fühle für die in Noth befindlichen Weber ebenso warm wie die Kammer. Sie habe sich bereits seit vorigem Herbste Berichte aus den betr. Gegenden über die dortigen Nahrungsverhältnisse erstatten lassen. Es kämen hierbei alle Gegenden, in denen Baumwollenweberei betrieben werde, in Frage. Wenn anderwärts der Nothstand nicht so intensiv hervorgetreten sei als im Mülsengrunde, so liege das daran, daß anderwärts die Weberei nicht so ausschließlich betrieben werde als gerade dort. In diesem Augenblicke sei Staatshilfe noch nicht erforderlich, aber sie werde erforderlich werden, wenn die jetzigen Verhältnisse fortdauern. Privatwohlthätigkeit und Gemeinden hätten bereits helfend eingegriffen. Durch Aufhebung des Veredelungs-Verkehrs würden die Druckereien schwer geschädigt, während unter demselben die Weber leiden. Hierauf wurde die Regierung ersucht, daß sie nach vorgängiger schleuniger Feststellung der Höhe des behaupteten, ebenso wie eines etwa anderwärts in Sachsen hervortretenden Nothstandes diejenigen Maßregeln, welche in dieser Richtung etwa geboten erscheinen, in Erwägung ziehe und noch dem gegenwärtigen Landtage Mittheilung hierüber bez. Vorschläge zugehen lasse. Auf die weiteren Punkte der Petition, Frauenarbeit in Fabriken, Aufhebung der Eingangszölle, Normalarbeitstag ꝛc., einzugehen, lehnte die Kammer ab, da dies Reichssache sei. Die Petition Kampel's u. Gen. in Niederhaßlau betr. der Nothlage der Bockwa-Oberhohndorfer Knappschaftskasse (Ref. Uhle-Blaue) überwies die Kammer der Regierung zur Kenntnißnahme.

— Im Landtage tritt ein Gerücht in solcher Stärke auf, daß es nicht länger zu ignoriren ist. Es heißt, dieser Landtag sei der letzte, welchem Herr v. Nostitz-Wallwitz als Minister des Innern beiwohnt. Schon vor Jahren hieß es, Seine Excellenz sehne sich aus dem anstrengenden Staatsdienste nach der Ruhe des Privatlebens; bisher ist es jedoch gelungen, die ausgezeichnete Arbeitskraft dieses Staatsmannes dem Vaterlande zu erhalten. Neuerdings aber wolle sich Herr v. Nostitz bestimmt in's Privatleben zurückziehen und sich ausschließlich der von ihm mit besonderer Liebe betriebenen Landwirthschaft widmen. Hoffentlich bedenkt Herr v. Nostitz nicht auf diesem Verlaß; er wäre gerade jetzt kaum zu ersetzen. Bestimmt kann versichert werden, daß die Verwerfung des Fischereigesetzes durch die erste Kammer und die Ablehnung der Theilung der Dresdner Amtshauptmannschaft durch die 2. Kammer nicht auf den Entschluß Sr. Excellenz eingewirkt haben.

— Dem Landtage sind eine Anzahl von Petitionen von Badegästen und Einwohnern von Elster auf Vermehrung der Moorbadzellen in Bad Elster zugegangen. Die Kur-